

Nationale Erneuerung

Theofylakos Papakonstantinou meinte: „Nun wird ein weiterer Anspruch von höchster nationaler Bedeutung erfüllt. Die höhere Bildung wird von den Elementen befreit, die durch ihre bisherige Haltung sich erwiesenermaßen gegen die bestehende soziale Ordnung und die Staatsform sowie gegen ihre Grundeinrichtungen gewandt oder deren Feinden geholfen haben.“ Einige dieser „Elemente“ sind der Verfassungsrechtler Vegleris, der Krebsforscher Simjonidis, der Gerichtsmediziner Iliakis und der Mathematiker Rokkos. Dazu kommen weitere 50 Professoren und 8 Dozenten, die das Dekret des griechischen Ministers für Bildungspolitik, Papakonstantinou, traf: Zur Abwechslung waren es diesmal Studenten und Professoren, die die Universität verlassen mußten. Die Gleichschaltung des nationalen Lebens in Griechenland hat damit eines der letzten Reservate eines nicht völlig konformen Denkens erfaßt.

nd zum Optimismus

keit, die ihnen jeder wird zusprechen wollen, ist hier aber eindeutig mißbraucht worden. Nicht nur, indem der RCDS vortäuschte, die Wahl sei undemokratisch, und also nicht satzungsgemäß verlaufen (gerade die Studentenschaftssatzung erzwang dieses Wahlverfahren), sondern vor allem, indem er fälschlich behauptete, die Studentenvertretung im Satzungebenden Senat erfordere den politischen Proporz. Im Studentenparlament muß dieser Proporz zweifellos gewahrt sein, denn hier vollzieht sich die Willensbildung der Studentenschaft, hier werden alle Fragen ihrer Selbstverwaltung entschieden — und hier ist dieser Proporz gewahrt. Im Satzungebenden Senat ~~in Baden-Württemberg~~ sowie die Bereitschaft, ein Notstands-Hearing mit Studentenvertretern würden dies verdeutlichen.

Die faschistischen Militärs waren jedoch bereits lange zuvor emsig am Werk gewesen, ihre „nationale Revolution“ vom 21. April 1967 zu vollenden. Nachdem bereits kurz nach dem Staatsstreich zahlreiche linksstehende Professoren und Studenten von den Universitäten abberufen bzw. exmatrikuliert worden waren — ein Teil von ihnen wanderte direkt vom Hörsaal ins Gefängnis —, setzte Mitte letzten Jahres eine Kette von Massenprozessen ein, denen weitere Universitätsmitglieder zum Opfer fielen. Mindestens 250 Studenten wurden vor Militärgerichten zu extrem hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Elf Professoren griechischer Hochschulen wurden im Oktober 1967 „für sechs Monate in den Ruhestand versetzt“, darunter der Professor der TH Athen, Despotopoulos, der am Bauhaus und in Hannover Architektur studierte und an der Münchener Akademie Städtebau lehrte, weiter der Wirtschaftswissenschaftler Angelopoulos, Professor an der Athener Hochschule für Politische und Wirtschaftswissenschaften, und der Staatsrechtler Pappachatsis, der 1959 auch am Institut für Politische Wissenschaften an der FU Berlin gelehrt hat.

Das scheinlegale Mäntelchen für ihre Säuberungsaktionen legten sich die Obristen Ende August 1967 zu. Nach einem Gesetz können Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes ebenso wie Dozenten und Professoren kurzweg entlassen werden, 1. „wenn sie eine schlechte Führung oder eine mit ihren Aufgaben nicht im Einklang stehende Führung gezeigt haben, 2. wenn sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sind, 3. wenn sie ihre Aufgaben nicht korrekt erfüllt haben, 4. wenn sie aus irgendeinem Grunde nicht die moralische Größe für ihre

Aufgabe besitzen, 5. wenn sie sich öffentlich für eine politische Partei geäußert haben oder sich durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei materielle Vorteile verschafft haben“. Allen Entlassenen ist es verboten, gegen einen Beschluß des jeweiligen Ministers vor einem Gericht Beschwerde einzulegen. Mit einem zweiten Gesetz von Mitte Dezember 1967 wurden die letzten Lücken beseitigt: Die Wahl von Professoren in ein Amt (der Universität) kann vom Ministerrat zurückgenommen oder verhindert werden, wenn er „die Wahl eines Professors als der Substanz nach ungeeignet beziehungsweise nicht ausreichend gerechtfertigt“ betrachtet; die Wahl kann auch schlicht dadurch unmöglich gemacht werden, daß man den Professoren das Wahlrecht abspricht oder sie einfach beurlaubt. Gründe dafür sind nicht notwendig. Gleichwohl ist die Militärjunta um Gründe nicht verlegen: So hieß es z. B. bei der Entlassung des Mathematikers Rokkos, sein Sohn sei notorischer Kommunist, und wer seinem Sohn so etwas nicht abgewöhnen könne, sei als Professor untauglich. Außerdem könne das Hochschulleben nur „gesund“, wenn — wie es in einem Regierungserlaß heißt — diejenigen entfernt würden, die „der bestehenden sozialen Ordnung nicht die gebührende geistige Einstellung entgegenbringen und nicht von den notwendigen nationalen Ideen beseelt sind“.

Freilich werfen die Relegierungen der Professoren auch rein quantitative Fragen auf. Seit 1960 ist die Studentenzahl an den griechischen Hochschulen von 28 000 auf 53 000 emporgeschwollen, wogegen die Lehrkräfte nur um 260 auf 1160 vermehrt wurden. An den Massenuniversitäten in Athen und Saloniki waren z. B. in der juristischen und der naturwissenschaftlichen Fakultät

auf eine Lehrkraft (inkl. Assistenten) 100 Studenten gekommen. Nicht nur der Verlust qualifizierter Wissenschaftler, sondern auch der rein quantitative Aderlaß wird die Situation an den griechischen Hochschulen weiter verschlimmern.

Von den faschistischen Militärs ist nicht zu erwarten, daß sie auch nur eine ihrer Maßnahmen rückgängig machen werden. Ihnen — die sie vor ihrer nationalen „Revolution“ kaum eine Universität von innen gesehen haben — bedeutet die Freiheit von Forschung und Lehre nichts. Nur politischer Druck von außen und Unterstützung der inneren Untergrundopposition kann die Umwandlung der griechischen Hochschulen in „gefügige Werkzeuge des Regimes“ (so der Verband griechischer Studentenschaften in der BRD) wieder rückgängig machen. Vierzehn Fachschaften der Universität München sowie 37 Professoren protestierten am 6. Februar gegen die Maßnahmen der faschistischen Militärs, die für sie nur einen „charakteristischen Ausschnitt aus dem umfassenden Angriff des Militärregimes auf die Freiheit“ darstelle. An der Universität Marburg sollten ähnliche Schritte unternommen werden.

- rilling -

Marburger Studentenparlament lehnt Godesberger Rektorenerklärung ab

Marburg, den 8. 2. 1968 (MSZ). Auf seiner zweiten außerordentlichen Sitzung hat sich das Marburger Studentenparlament auf Antrag der Liste Unabhängiger Studenten (LUST) ausführlich mit der Godesberger Rektorenerklärung befaßt. Nachdem schon der Allgemeine Studentenausschuß in einer ersten Stellungnahme die Erklärung als völlig unzureichend kritisiert hatte, konnte nun auch das Atudenparlament darin „keine ~~zur Springer-Ärztiker über die~~ Studentenunruhen in Berlin am 2. Juni abgedruckt. Wofür Axel Cäsar natürlich nichts kann.“

R. Rilling

Terror an spanischen Universitäten

(Februar 68/MSZ) Nachdem bereits im ersten Halbjahr 1966 allein in Barcelona fast 100 Universitätsangehörige disziplinarisch bestraft wurden und über 20 Studenten zwangsexmatrikuliert wurden, nachdem das Jahr 1967 die bislang heißesten Auseinandersetzungen zwischen Studentenschaft und spanischer Obrigkeit gebracht hatte, wobei Hunderte von Studenten exmatrikuliert, verhaftet und eingekerkert wurden, sind die ersten Wochen des Jahres 1968 von bislang einzigartigen Terroraktionen der falangistischen Obrigkeit gegen die rebellierenden Studenten gekennzeichnet.

Um die staatliche Anerkennung der demokratischen Studentengewerkschaft SDEU und eine Demokratisierung der spanischen Universitäten zu erreichen, hatten die Studenten der Fakultät für Politische und Wirtschaftswissenschaften in Madrid im Dezember letzten Jahres einen Vorlesungsstreik ausgerufen, der mit der Schließung der Fakultät Anfang Januar bis 1. März beantwortet wurde. Darauf teilte die SDEU mit, daß die Studenten dieser Fakultät mit großer Mehrheit die Gründung einer „Freien Universität“ beschlossen hätten; die Vorlesungen sollten in Schlaftälen und Privatwohnungen abgehalten werden. Die Mehrzahl der Assistenten und eine Anzahl jüngerer Professoren hatten sich zur Verfügung gestellt. Damit wollten die Studenten nicht nur der autoritären Gängelung der Universitätsbehörden entgegen, sondern auch den Versuch wagen, außerhalb des gewöhnlichen Lehr- und Wissenschaftsbetriebs eine Stätte kritischer Wissenschaft zu institutionalisieren. Durch Beschränkung der Teilnehmerzahl an den Veranstaltungen auf 15 Personen hofften die Studenten, das spanische Versammlungsgesetz unterlaufen zu können: Dieses verbietet Ansammlungen von mehr als 15 Personen...

In der Folgezeit feierten gewisse — auch Deutschlands Studenten nicht unbekannt — Rädelsführertheorien und faschistische Termini wahre Triumphe. In Barcelona wurden 13 Studenten — darunter 5 Mädchen — von der Universität ausgeschlossen, weil sie nach Meinung des Rektors sich „umstürzlerisch“ betätigt und an der Universität „die Unruhe geschürt“ hätten. Die umstürzlerische Tätigkeit der Studenten bestand vorwiegend in der Forderung nach Öffentlichkeit von Professorenkonferenzen. Kurz zuvor waren bereits zwölf Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät ob ähnlicher staatsfeindlicher Untaten relegiert worden. Die Madrider Naturwissenschaftliche Fakultät war es denn dann auch,

die als nächste — bis zum 17. März — geschlossen wurde, nachdem die Fakultät für Philosophie und Literatur in Madrid bereits am 20. Februar geschlossen worden war. Wenige Tage später beschlossen 500 Studenten der Rechtsfakultät von Madrid in einer offiziell nicht genehmigten Versammlung einen Vorlesungsstreik, der die Schließung auch dieser Fakultät zur Folge haben kann. Mit der Schließung dieser drei Fakultäten in Madrid beläuft sich die Zahl der ausgesperrten Studenten auf 23 000.

Verschärft und zum Teil erst in Gang gesetzt wurden die Auseinandersetzungen durch den Einzug der spanischen Polizei in die Universität. Auf Beschluß der spanischen Regierung können Einheiten der Polizei ohne besondere Genehmigung das Madrider Universitätsgelände und alle Fakultätsräume betreten. Sie sind unmittelbar den Dekanen und Rektoren unterstellt, die ihrerseits wiederum Mitglieder der spanischen Einheitspartei sind. Aufgabe der Polizei: in der Universität für Ruhe und Ordnung sorgen. Offensichtlich glaubt das Madrider Regime, nur noch durch regelmäßige Patrouillen vor den Fakultätsgebäuden und durch uniformierte Polizei in den Seminaren und Vorlesungen die umstürzlerischen Elemente im Zaume halten zu können.

Die Unruhen blieben — wie bisher — nicht auf Madrid beschränkt. Das zweite Zentrum des organisierten Widerstandes ist Barcelona. Den ganzen Januar hindurch veranstalten die Studenten Barcelonas und Sevillas Sympathiestreiks für ihre Madrider Kommilitonen und forderten ihrerseits Anerkennung der SDEU und die Demokratisierung der spanischen Universitäten. Am 3. Februar 1968 wurden 137 Studenten der Universität Barcelona für eine Zeitdauer von einem bis drei Jahre vom Universitätsstudium ausgeschlossen. Damit erhöhte sich die Zahl der allein in Barcelona ausgeschlossenen Studenten auf 172 — und das innerhalb eines Monats. Kurz zuvor wurden acht Studenten wegen „Beleidigung General Francos“ verhaftet. Während der letzten Jahre sollen — nach inoffiziellen Schätzungen natürlich — in Spanien zwischen 1500 und 2000 Studenten entweder disziplinarisch bestraft, exmatrikuliert, verhaftet oder gefoltert worden seien. Die Zahl der verhafteten Mitglieder der „comisiones obreras“, den illegalen demokratischen Arbeitersyndikaten, soll noch wesentlich höher liegen. Die Repressionsmaßnahmen der spanischen Obrigkeit werden zum einen immer schärfer und offener, zum anderen bedient sie sich auch subtiler Methoden: Die Zahl der Geheimpolizisten, die in spanische Universitäten eingeschleust wurden, steigt konstant an. Aktionen der Studenten werden immer häufiger bereits in der Vorbereitung verraten. Zu einer Versammlung der demokratischen Studentengewerkschaft in Madrid soll sich als erste die Polizei eingefunden haben, bevor auch nur ein Student überhaupt sichtbar war...

Bleibe zu erwähnen, daß seine Majestät Generalissimus Francisco Franco Bahamonde sich der Hilfe des mächtigsten Mannes in Deutschland versicherte: Um die Studenten in Madrid und Barcelona zur Raison zu bringen, wurde — auf offiziellen Befehl — ein Springer-Artikel über die Studentenunruhen in Berlin am 2. Juni abgedruckt. Wofür Axel César natürlich nichts kann.

R. Rilling

Pizza Pie Milano

Inhaber: Gianni Casellato

Das gepflegte
ital. Speiserestaurant

Marburg/Lahn, Biegenstraße 19
Telefon 6660